

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 5.00, vierteljährlich 15.00 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 16.50 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Peitzelle oder deren Raum 75 Pfg., auswärts 85 Pfg., Reklamezeilen 2.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 235

Fernruf 179

Wildbad, Freitag den 7. Oktober 1921

Fernruf 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Die Verbandskonferenz in Brüssel, die über die Besatzungskosten beraten soll, ist nach der „Chicago Tribune“ bis nach dem 14. Oktober verschoben worden, da am 14. Oktober erst die Verhandlungen des amerikanischen Senats über den Friedensvertrag mit Deutschland beginnen, deren Ergebnis abgewartet werden soll.

Ein Franzose, von dem die „Times“ versichern, er sei einer der größten unter den lebenden Franzosen, erinnert die Engländer in der Londoner „Times“ daran, London lasse sich von den schon jetzt existierenden weittragenden Geschützen von der französischen Küste aus leicht bombardieren und wer im Besitz dieser Mäße sei, beherrsche den Kanal.

Laut „Eposa“ ist die diesjährige Zudererzeugung in Italien fast doppelt so groß wie im Vorjahr. Daher wird in diesem Jahr beinahe kein Zuder eingeführt werden. Die Getreideernte soll so befriedigend sein, daß die Einfuhr um etwa die Hälfte sinken werde. Diese Tatsachen, sagt das Blatt, werden einen Einfluß auf die Saluta ausüben, denn Italien werde 3 Millionen Pfund Sterling für Zuder und 7 1/2 Millionen Zollar für Getreide ersparen können.

Einer Meldung aus Aserbeidschan zufolge wüchse der sowjetfeindliche Aufstand in der Republik Aserbeidschan. Bei der letzten Gefechten verloren die russischen Roten Truppen 1000 Mann an Toten und 3000 an Verwandeten und büßten 6 leichte Geschütze, 18 Maschinengewehre und alle Vorräte ein.

Poincare in der Klemme.

Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Paris geschrieben: Mit der durch brutale Drohungen erzwungenen Unterschrift Deutschlands unter das Anerkennnis seiner Schuld am Krieg hatten die Machthaber von Versailles geglaubt, die Aussprache über die Frage der Verantwortung für allemal schließen zu können. Sie haben sich, wie in so manchem anderen, auch hierin bitter getäuscht. Geschichte läßt sich nicht mit erpreßten Erklärungen machen, die Wahrheit sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Die Kriegssklage erfährt neuerdings eine starke Erschütterung durch die Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen Herrn Poincare und dem Geschichtsforscher Ernest Renauld, den die Pariser „Pantheon“ veröffentlicht.

Renauld hatte in seinem vor kurzem erschienenen Buch „1914/19“ im Rahmen einer Untersuchung über die Ursachen des Krieges neben Wilhelm II. die englisch-französisch-russische Bündnispolitik und vor allem ihren Urheber Poincare selbst für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gemacht. Poincare hatte sich dagegen mit einem Schreiben an den Verfasser verwahrt, und daran anschließend entspann sich ein Briefwechsel, dem zweifellos geschichtliche Bedeutung zukommen wird.

In dem ersten der Briefe schreibt Renauld: „Die Wahrheit zwingt mich zu glauben, daß die Entente den Krieg gewollt hat und daß vor allem Sie, Herr Präsident (Poincare), zusammen mit einer Gruppe Ihrer Freunde ihn gewollt haben. Erstens: Ihre Reise nach Rußland (Juli 1914) war eine an Wahnsinn grenzende Unvorsichtigkeit. Sie war unnötig und sie mußte unmittelbar nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers wie eine Herausforderung wirken. Zweitens: Sie haben es unterlassen, Serbien zur rechten Zeit den Rat zu geben, die österreichische Note in ihrer Gesamtheit anzunehmen, wie es San Giuliano (der italienische Außenminister) am 27. Juli 1914 unserem Gesandten, das heißt also Ihnen, dringend anraten hatte.“

In seiner Antwort auf diesen Brief schreibt Poincare: „Meine Reise nach Rußland war seit dem Monat Januar beschlossen. Als Österreich-Ungarn das Ultimatum im Belgrad übergab, befand ich mich auf hoher See. Ich konnte deshalb in den Tagen zwischen dem 26. und 29. Juli nicht immer über alle Einzelheiten unterrichtet sein. Aber von Paris aus hat die Regierung dem serbischen Kabinett die friedfertigen Ratschläge gegeben und Serbien hat schließlich im Einverständnis mit Rußland nachgegeben.“

Renauld erwidert darauf:

„Am 29. Juli waren Sie nicht mehr auf See. Und wenn in Ihrer Abwesenheit die Regierung in Paris Serbien geraten hat, nachzugeben, so hat sie ihm doch keineswegs den Rat gegeben, sich voll und ganz den österreichischen Forderungen zu fügen, um den Krieg zu vermeiden. Im Gegensatz zu dem, was Sie schreiben, hat Serbien auch keineswegs sich völlig unterworfen. Sie haben sodann die Tage des 29., 30. und 31. Juli verstreichen lassen, und erst am 31. um 11 Uhr abends, als es bereits zu spät war, haben Sie Serbien geraten, sich zu beugen. Hätten Sie Serbien diesen Rat bereits am 29. gegeben, so hätten wir keinen Krieg gehabt. Daraus folgt: entweder, Sie haben den Krieg gewollt, oder, Sie haben eine schlechte Politik gemacht. In beiden Fällen sind Sie einer der für den Krieg Verantwortlichen.“

Renauld sagt weiter: „Wenn es Ihnen nicht an der nötigen Zivilcourage fehlen würde, würden Sie offen eingestehen: „Ja, ich und meine Freunde, wir haben geglaubt, durch die Entente den großen außenpolitischen Fehler der französischen Revolution wieder gutmachen zu können durch die Zerreißung der deutschen Einheit. Wir haben die Stunde für gekommen geglaubt, und wir haben die Partie gewagt. Unglücklicherweise hat der Krieg aber nicht die Resultate gehabt, auf die wir gerechnet haben, und darum werden wir, selbst wenn Deutschland den Vertrag von Versailles restlos erfüllt, eines Tags den Krieg von neuem beginnen müssen. Das wäre wenigstens eine Sprache der Wahrheit gewesen; sie hätte allerdings direkt zum Schicksal geführt, und deshalb fahren Sie fort, wie ein Anwalt zu reden, der eine schlechte Sache zu verteidigen hat. Gott, Frankreich und die Geschichte werden über Sie urteilen!“

Poincares Antwort auf diese Anklage ist sehr kleinlaut. Er schüßt die Verfassung vor, wonach das Kabinett und nicht er für die Politik verantwortlich sei. Renauld erwidert, daß es Poincares Pflicht gewesen wäre, bei seiner Rückkehr nach Paris am 29. Juli einzugreifen: „Unser ehemaliger Gesandter in Petersburg, Herr Paleologue, hat in seinen Erinnerungen eingestanden, daß Rußland bereits am 29. Juli die allgemeine Mobilmachung insgeheim angeordnet hat. In dem Gelbbuch von 1914 hat Paleologue dagegen erklärt, daß Rußland erst am 31. Juli als Antwort auf die österreichische Mobilmachung mobilisiert habe, obwohl es dies in Wirklichkeit bereits am Tage vorher getan hat. Also sagt Ihr Gelbbuch keineswegs die Wahrheit. Es lügt... Und was halten Sie von der Wahrhaftigkeit des Herrn Vidiani, der am 31. Juli um 7 Uhr abends dem deutschen Botschafter versichert hat, daß er von der russischen Mobilmachung, die bereits am 29. in London und Brüssel bekannt war, nichts wisse?... Sie verwechseln Frankreich mit sich selbst und Ihren Mitschuldigen. Frankreich hat sicherlich den Krieg nicht gewollt. Aber Sie und Vidiani und die anderen Anhänger der englisch-russischen Bündnispolitik. Sie haben ihn gewollt, oder Sie haben ihn zum mindesten nicht verhindert, was Ihre Verantwortlichkeit in keiner Weise abschwächt.“

Renauld schließt sein Schreiben, indem er Poincare eine öffentliche Aussprache über die Ursachen des Krieges und seine Urheber vorschlägt.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

Zum Arbeitsnachweisgesetz, das im Herbst dem Reichstag zugehen soll, hat der Arbeitsnachweisausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Stellung genommen. Der Ausschuß vermag das Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung (Arbeiter und Angestellte) nicht anzuerkennen. Er verweist auf die Erfahrungen, die man mit der gesetzlichen Regelung in England gemacht hat. Dort beschränkt sich die gesetzliche Arbeitsvermittlung auf ungeleitete Arbeiter, und die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweisämter wird von dem Bedürfnis abhängig gemacht. Der Ausschuß sagt, daß die Arbeitsvermittlung für Angestellte auf dem im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Wege praktisch undenkbar sei. Weiter wird auf die ungeheuren Kosten hingewiesen, die die Durchführung des Gesetzes in der vorgeschlagenen Form verursachen würde (es ist mit rund 3000 öffentlichen Arbeitsnachweisämtern, 20 Landesämtern und einem Reichsamt zu rechnen). Mit Recht dürfe man sich fragen, ob unsere Wirtschaft bei der schon bestehenden überaus hohen

Spannung in der Lage sein wird, diesen neuen Beamtenapparat mit seinen erheblichen Unkosten zu erhalten. Das heutige Arbeitsamt für Berlin brauche allein schon 10 Millionen Mark Zuschuß, für den Bereich des Zentralarbeitsamts Dresden werden die Gehälter und Löhne 2 Millionen Mark betragen. Für das Reichsamt schätzt man die Ausgaben auf 12 Millionen Mark. Für die Landesämter veranschlagt man die Kosten auf 200 Millionen Mark.

Neues vom Tage.

Keine Rücktrittsabsichten des Reichskanzlers.

Berlin, 6. Okt. Die Nachricht eines Berliner Morgenblatts, wonach sich der Reichskanzler, der z. B. eine längere Reise nach Baden angetreten hat, mit Rücktrittsabsichten trage, werden an zuständiger Stelle als haltlos bezeichnet.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin.

Berlin, 6. Okt. Es verlautet, William Boyce Thompson, ein New Yorker Bankier, werde wahrscheinlich zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt werden.

Stechbriefliche Verfolgung der Kappisten.

Leipzig, 6. Okt. Der Oberreichsanwalt erklärt Stechbriefe wegen Hochverrats gegen den Generallandtagsdirektor Kapp aus Königsberg, den Major a. D. Pabst, den Obersten a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler W. W. Schiele aus Rannburg a. S., den Schriftsteller Karl Schnitzler, den Schriftsteller Trebitzsch-Lincoln, den General der Infanterie a. D. Freiherr von Lüttich und den Korvettenkapitän Erhardt. — Die Reichsregierung hat eine Belohnung bis zu 50 000 Mark für den Aussefer, der zur Aufklärung des Sachverhalts oder zur Ergreifung eines der geflüchteten Angeschuldigten beiträgt.

Streit in der Friedensgesellschaft.

Bonn, 6. Okt. Gestern hielt die deutsche Friedensgesellschaft als Einleitung zum Pazifistenkongress in Essen ihre Hauptversammlung ab. Professor Luidde äußerte sich über die verschiedenen Strömungen des Pazifismus. Ein Vertreter der Berliner Ortsgruppe brachte einen Antrag ein auf Abschaffung der Reichswehr. Herr v. Gerlach trat entschieden gegen den Berliner Antrag auf. Jede Regierung müsse sich auf eine bewaffnete Macht stützen können. Bei der Abstimmung über den Antrag ergaben sich 134 Stimmen für den Antrag und 42 dagegen. Professor Luidde erklärte hierauf, daß er nicht mehr in der Lage sei, nach Annahme des Berliner Antrags die Geschäfte weiterzuführen. Ihm schloß sich mit der gleichen Erklärung Herr v. Gerlach an. Unter großer Unruhe endete die Versammlung.

Einspruch gegen die Eisenbahntariferhöhung.

Karlsruhe, 6. Okt. Der Badische Industrie- und Handelstag hat gegen die geplante neue Eisenbahntarif-Erhöhung um 30 Prozent eindrucklich Einspruch erhoben, nachdem erst vor 6 Wochen die Tarife für den Personenverkehr um durchschnittlich 65 Prozent erhöht worden seien. Es werde sich bald zeigen, daß auch die neue Erhöhung den Fehlbetrag nicht zu beheben vermöge, dagegen werde eine weitere Einschränkung des Verkehrs und der Wirtschaft die sichere Folge sein. Eine Rettung aus der Notlage sei nur durch eine planmäßige Umarbeitung der Tarife und Umgestaltung der Verwaltung, durch zielbewußte Arbeit und Ersparnis an Mensch und Material zu erreichen. Die Versammlung beschloß, die Einberufung einer Verkehrskonferenz in Heidelberg in die Wege zu leiten, zu der die Handelskammern, die namhaften Verbände des deutschen Wirtschaftslebens, die Regierungen, Parlamente und die hervorragendsten Eisenbahnsachleute eingeladen werden sollen.

Ludendorff über die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 6. Okt. General Ludendorff hat dem Sonderberichterstatter des „Deuvre“ in München auf schriftliches Befragen u. a. erklärt, er glaube nicht, daß die französischen und deutschen Interessen notwendigerweise entgegengesetzt sein müßten. Beide Nachbarstaaten, die voneinander abhängen, namentlich auf industriellem Gebiet, haben auch gewisse gleichlaufende wirtschaftliche Interessen. Die antifranzösische Rich-



tung der deutschen Presse erklärte sich aus der Ansicht, Frankreich wolle die vollkommene Vernichtung Deutschlands. Dieses Gefühl werde verschwinden, sobald die französische Regierung sich entschließen könne, ihre Politik zu ändern. Eine solche Politik wäre möglich, ohne daß sich Frankreich von seinen angeblichen Alliierten trenne, es müßte nicht einmal in einen Konflikt mit ihnen geraten.

Die Zenerung.

Berlin, 8. Okt. Nach dem Bericht des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 Proz. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Januar d. J. beträgt die Steigerung 12,5 Proz. (944), gegenüber dem September 1920 36,3 Proz. Die Erhöhung ist in der Hauptsache auf die Preissteigerung für Lebensmittel zurückzuführen. Aber auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind erneut gestiegen.

Die Umrechnung der Besatzungskosten in Gold.

Paris, 6. Okt. (Havas.) Die Wiederherstellungskommission hat beschlossen, die Umrechnung der Besatzungskosten in Goldmark jeweils zum Durchschnittskurs jedes Vierteljahres vorzunehmen.

Die Aushebung der militärischen Sanktionen gefordert?

Paris, 8. Okt. Die Agentur Radio meldet, der deutsche Botschafter Dr. Maier habe in seiner Unterredung mit Briand die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort verlangt.

London, 6. Okt. Die amerikanische Regierung stellt die Meldung in Abrede, daß sie bei der englischen Regierung auf sofortige Bezahlung des den Ver. Staaten geschuldeten Betrags dringe. Gerade das Gegenteil sei der Fall.

Eine zweite Völkerbundskommission in Oberschlesien.

Kattowitz, 6. Okt. Die oberschlesischen Blätter berichten, daß eine zweite Kommission des Völkerbunds in Oberschlesien eingetroffen sei, der zwei Spanier, ein Engländer, ein Brasilianer, ein Tscheche und ein Bulgare angehören.

Einstellung der Fleischbewirtschaftung in Oesterreich.

Wien, 6. Okt. Den Abendblättern zufolge steht sich das Ernährungsministerium veranlaßt, die staatliche Fleischbewirtschaftung einzustellen, da das amerikanische Gefrierfleisch sich bei dem gegenwärtigen Dollarkurs auf rund 1000 Kronen für das Kilogramm stellen würde. Die Regierung müßte also bei jedem Kilogramm über 700 Kronen als Zubuße leisten.

Schluß der Völkerbundtagung.

Genf, 6. Okt. Gestern abend 6 Uhr wurde die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung geschlossen. Sie hat genau einen Monat gedauert und 33 Vollsitzungen neben zahlreichen Kommissionsberatungen abgehalten. Der Vorsitzende, holländischer Minister des Aeußern van Karnebeek, hielt die Schlußrede in französischer Sprache. Der Gedanke der internationalen Vereinigung und Zusammenarbeit sei ein endgültiges Gut der Menschheit geworden und der Völkerbundgedanke habe sich gefestigt. Die zweite Tagung habe Maßnahmen zur Bekämpfung des Opiumgenusses, des Mädchen- und Kinderhandels beschlossen und neue Mitglieder aufgenommen. Auch in der Abrüstungsfrage seien Fortschritte zu verzeichnen. Doch dieser Weg sei lang und die Frage verwickelt. Die Arbeit der vier Mitglieder des Völkerbundsrats, denen das Vorstudium der obereschlesischen Frage anvertraut wurde, befinde sich auf gutem Weg, so daß der Rat in kurzer Zeit mitteilen könne, welche Lösung er empfehle.

Die „Frankf. Jtg.“ meldet aus Wien, am 12. Oktober werde eine englisch-französische Abordnung des Völker-

bunds in Wien eintreffen, um die Frage zu prüfen, ob Wien als ständiger Sitz des Völkerbunds gewählt werden könne.

Paris, 6. Okt. Havas zufolge erklärt man an amtlicher Stelle, daß alle Nachrichten über eine Teilung Oberschlesiens verfräht sind und daß die darüber umlaufenden Gerüchte als Phantasien betrachtet werden müssen.

Das Abkommen von Wiesbaden.

Paris, 6. Okt. Der „Matin“ berichtet, in den früheren Verhandlungen in Wiesbaden habe Rathenau gefordert, daß der schriftliche Vertrag in französischer und deutscher Sprache abgefaßt werde und daß der deutsche Wortlaut denselben rechtlichen Wert habe wie der französische. Louchere erklärte dies für unannehmbar; der französische Wortlaut allein müsse maßgebend sein. Vor den entscheidenden Haltung habe sich Rathenau gebeugt, sonst wäre das Abkommen gescheitert.

Nach dem Ultimatum hat Deutschland in den ersten vier Jahren 4800 Millionen Goldmark an Frankreich zu zahlen. Das Wiesbadener Abkommen verpflichtet aber Deutschland in den ersten vier Jahren zu Materiallieferungen im Wert von 7 Milliarden Goldmark. Es ist daher, wie ein Pariser Blatt bemerkt, zu erwarten, daß die Verbündeten verlangen, daß Frankreich den Ueberschuß an sie herauszahle. Andererseits ist im Ultimatum festgesetzt, daß Deutschland eine Prämie erhalte, wenn es mehr als die vorgeschriebene Zahlung leiste. Frankreich könne also in die Lage kommen, daß es nicht nur den Ueberschuß an die Verbündeten herausgeben sondern auch an Deutschland eine hohe Prämie zahlen müsse.

England widmet dem Abkommen größte Aufmerksamkeit

London, 6. Okt. Wie Reuter erfährt, wird das Wiesbadener Abkommen von englischen Finanzsachverständigen geprüft. Bis diese Prüfung beendet sei, lasse sich nicht feststellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der Entschädigungszahlungen unter die Verbündeten in Mitleidenschaft ziehe und ob es mit dem Ultimatum in Einklang zu bringen sei.

Verzollung der deutschen Sachleistungen!

Paris, 6. Okt. Die wenigen von Deutschland an Frankreich gelieferten Holzhäuser auf Rechnung der Sachleistungen nach dem Wiesbadener Abkommen sind in Frankreich noch nicht eingetroffen, sondern lagern an der Grenze, da die französische Zollverwaltung einen Zoll von 30 000 Franken fordert. Mit dieser Zollfrage würde das Wiesbadener Abkommen stehen und fallen.

Amerika und die Kriegsschulden.

London, 6. Okt. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, Amerika habe nicht die geringste Absicht, die Kriegsschulden der Verbündeten zu streichen oder auch nur herabzusetzen. Das Weiße Haus habe amtlich mitgeteilt, daß jedem Versuch, diese Frage auf der Washingtoner Konferenz aufzuwerfen, von den amerikanischen Vertretern heftiger Widerstand entgegen gesetzt würde.

Im Widerspruch damit steht folgende Meldung der „Daily Mail“: Auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans wächst die Ueberzeugung, daß die gegenseitigen Schulden die wirtschaftliche und politische Lage nicht verbessern und daß daher eine Zusammenkunft der Schuldner- und Gläubigerstaaten notwendig sei.

Nach dem „Daily Express“ wird Amerika demnächst England ersuchen, seine Kriegsschuld an Amerika in Höhe von 972 Mill. Pfd. Sterling zurückzuzahlen. Die Zinsen auf diese Summe sind bereits seit drei Jahren rückständig, was einen Betrag von über 100 Millionen Pfund ausmacht. Die gesamte Hauptsumme ist fällig, sobald Amerika sie kündigt.

Zum Tode des Herzogs Wilhelm.

Der erste Tag, an dem die Leiche des verstorbenen Herzogs Wilhelm in Bebenhausen dem Besuch der Allgemeinheit freigegeben war, glich einer Wölferwanderung. Auf der Straße von Tübingen nach Bebenhausen nahm der Verkehr manchmal beängstigende Formen an. Im Auto, zu Wagen, mit Rad und zu Fuß stutete der Menschenstrom hin und zurück. Beinahe alle Besucher trugen Trauerkleider. Die Damen vom Hofe begaben sich am Freitag früh im Auto nach Marienwahl, während die anderen Angehörigen des Hofes, sowie die Beamten und die Dienerschaft des verewigten Herzogs im Sonderzug von Tübingen nach Ludwigsburg fuhren.

Als Vertreter des Kaisers wird zur Trauerfeier Prinz Eitel Friedrich in Bebenhausen erwartet.

Der Kraftwagen mit der Leiche des verstorbenen Herzogs Wilhelm von Württemberg hat Bebenhausen am Freitag früh um halb 7 Uhr verlassen und ist über Böblingen, Vaihingen, Botnang, Feuerbach, Zuffenhausen in Marienwahl eingetroffen.

Am Mittwoch abend fand unter ungeheurem Andrang im Festsaal der Niederhallen in Stuttgart eine Trauerfeier für Herzog Wilhelm statt, die die Stadtverwaltung veranstaltete. Des Königs Waise ragte vom Podium in den Saal. Unter den Teilnehmern bemerkte man die früheren königl. Minister, Staatspräsident Dr. Hieber, die Minister Graf, Holz und Schall, die meisten bürgerlichen Mitglieder des Gemeinderats mit Oberbürgermeister Lautenschlager. Nach einem Orgelrequiem hielt der ehemalige Hofprediger Prälat Dr. Hoffmann die Gedächtnisrede, in der er an Hand des königlichen Scheidegrufes vom 30. November 1918 ein überaus warmes und treues Lebensbild des Entschlafenen zeichnete.

Die staatlichen Gebäude haben mit Beginn der Trauerfeierlichkeit, also vom 5. Oktober ab, Trauerbesatzung zu tragen.

Die staatlichen und städtischen Kanzleien in Stuttgart und Ludwigsburg sind aus Anlaß der Beerdigung des Königs am Freitag von 10—2 Uhr geschlossen.

Als Zeichen der Trauer fordern die Handelskammer, der Handelsverein, der württ. Einzelhandel die Inhaber von Ladengeschäften in Stuttgart auf, ihre Verkaufsräume über die Zeit der Beisetzung des Herzogs zu schließen.

An der Beisetzung des Herzogs nehmen die Tübinger mit ihren Fahnen teil und bilden im Verein mit den Studentenverbindungen mit je drei Chargierten in Württemberg Stuttgarter studentischen Verbindungen beim Kondukt Spalier. Nach Rückkehr der Studentenchaft aus den Ferien haben die Korporationen auf drei Wochen Volltrauer.

Bei der Feier am Grabe in Ludwigsburg sprechen Prälat Dr. Hoffmann und Divisionspfarrer Stadelmann Schriftworte und Gebete. Die Feier wird eingeleitet und geschlossen durch Gesänge des Männer-Gesangsvereins Ludwigsburg.

Des Herzogs Grabstätte.

Im „Württembergischen Anzeiger“ hat ein Ludwigsburger Lehrer folgende Schilderung der nunmehrigen Grabstätte Herzogs Wilhelms gegeben:

Der alte Ludwigsburger Friedhof hat sich im Lauf der Zeit in eine stimmungsvolle Parkanlage umgewandelt. Unter den vielen Gräbern mit ihren Grabsteinen und Kreuzen zeichnet sich eines vor allen anderen aus durch besonders edle Einfachheit, schlichte Schönheit und ruhvolle Stimmung. Auf dem westlichen Ausgang liegt es, durch ein Tannengebüsch etwas abgegrenzt und verborgen. Ein großes, einfaches, weißes Marmorkreuz ruht auf drei niederen, sich verjüngenden Steinquadern. Hinter dem Kreuz ist auf der Friedhofsmauer aus rohbehauenen Steinen ein Spitzbogen aufgesetzt, der einen Durchblick frei läßt. Mauer und Bogen sind dicht mit Efeu umspinnen. Rechts und links vom Kreuz steht ein Lebensbaum. Die Grabstätte ist mit einem niederen eisernen Gitter eingezäunt. Sie enthält in der

Das Probejahr der Dolores Renoldi.

Roman von Fr. Lehne.

79

„Dolores!“ Herbert konnte nicht mehr an sich halten. Dolly, mit Baron Emdingen warst du verlobt,“ rief er in fassungslosen Stimmen, und ein eifersüchtiger Schmerz packte ihn. „Ihn hast du geliebt?“ Leise fiel das Wort von seinen Lippen.

Sie nickte.

„Ja, mein Herbert! Doch fürchte nichts mehr! Er selbst hat mich von dem Irrtum dieser Liebe gründlich geheilt. Er war es, der mir die bittere Enttäuschung meines Lebens bereitet hat, der mich an mir selbst verweisen ließ. Du aber hast mich durch deine Liebe meinen Lebensmut und meine Lebensfreude wiedergegeben. Wüßtest du, was alles ich dir verdanke, und dafür ist es nur ein kleines Entgelt, wenn du mir gestattest, hier an deiner Seite auf deinem „Bruchhof“ mit dir zu leben, hier auf diesem dir heiligen Grund und Boden. Gelt, es ist dir auch lieber, als Inspektor auf fremdem Besitz?“ Järrlich lächelnd sah sie ihn an, und dieses Lächeln flog wie ein Sonnenschein über sein Gesicht.

Hingerissen neigte er sich über ihre Hände. Er küßte, wie seine Augen noch wurden.

„Du Süße, du Große, du Gute!“ stammelte er.

„Hab mich nur immer lieb!“ sagte sie einfach.

Mit einem schluchzenden Laut rief er sie in seine Arme, und küßte um die beiden anderen Herren, die beiseite getreten waren.

Leise gab der Justizrat Willibald Bruchhoff weitere Aufklärung. Der schüttelte nur immer den Kopf; noch begriff er nicht das, was er eben gehört — es war ihm zu unwahrscheinlich und märchenhaft. Doch gönnte er dem Bruder das Glück. Und er war auch froh, daß sich alles so gefügt, wenn er auch einen leisen Neid in sich aufsteigen fühlte, als er auf den Bruder und dessen Braut blickte, die in seliger Selbstvergessenheit dastanden.

„Zwei Edelmenschen!“ sagte der Justizrat leise, „sie sind einander wert! Noch kein Geschäft in meiner Praxis habe ich so gerne erledigt wie dieses hier!“

Dolores reiste mit Herbert nach J. Wie einem Träumenden war ihm zumute. Obwohl er nun alles wußte, mußte er sich immer wieder fragen: „Ist das denn Wahrheit, was du da erfährst?“

Er ging durch ihr Elternhaus und sah staunend die kostbare Pracht. Ja, das war der richtige Rahmen für die königliche Erscheinung der Geliebten. Doch beinahe ertrug er sich auf dem Wunsch, daß sie doch lieber bloß die schlichte Verkäuferin bei Westermanns sei — die Fülle ihres Reichtums bedrückte ihn mehr, als sie ihn erfreute! Denn in seinem Stolz wäre er als Mann lieber der Gebende gewesen!

Und als er ihr das sagte, schmiegte sie sich an ihn und streichelte ihn jählich.

„Ich verstehe dich, du Lieber, so gut verstehe ich dich! Doch nimm es hin, ohne weiter zu denken! Du hast mir ja unendlich mehr gegeben!“

Sie war glücklich über seine Worte, die ihr seinen ganzen Wert zeigten.

Lange stand sie mit ihm am Grabe des Vaters.

„Deinen Segen, Vater!“ flüsterte sie, „und höre du — ich bin glücklich!“

Sie stellte den Verlobten auch ihren Freundinnen vor. Trini Wölkel war ganz außer sich, als sie erfahrene, wie und wo Dolores die Zeit ihrer Abwesenheit verbrachte. Immer wieder schüttelte sie den Kopf — „begreifst, wer kann! — Doch ähnlich sieht es dir schon! Du warst ja schon immer so ein bißchen — verdreht!“

Dolores und Herbert lachten herzlich.

„Verzeih, Dolly, daß mein Mund mal wieder mit mir durchgegangen ist! Na, daran siehst du, daß ich die alte geliebte bin! Nun hast du die Rolle einer verwunschenden Prinzessin in Wahrheit gespielt und mit so glänzendem Erfolge; denn der Prinz, der dich befreit, gefällt mir gut,“ flüsterte sie ihr zu, „sehr gut!“ Und dann wieder in ein anderes Thema übergehend: „Stehst du mir nichts an? Bin ich nicht vernünftiger geworden? Denn höre und stamme — eigentlich sollte es ja noch eine Welle Geheimnis über — ich bin mit Gabriel heimlich verlobt! — Vergiß also nicht, ihn mit zur Hochzeit einzuladen! Er hat sich sehr zu seinem Vorteil verändert. Und was ihm noch fehlt, werde ich ihm schon beibringen!“

Auf dem Wege von Böllkes begegnete dem Brautpaar Frau Magda Loefer, die sehr gut aussah. Dolores sah, wie eine dunkle, verlegene Röte das Gesicht der sonst so weltgewandten Frau überflutete bei diesem unvermuteten Zusammentreffen. Dolores vergaß das, was gewesen, woran Magda Loefer auch nicht die wenigste Schuld trug; sie blieb stehen und stellte ihr den Verlobten vor, indem sie hinzufügte, daß sie in ihrem Hause einmal nach dem Rechten hatte sehen wollen.

Sie lächelte ein wenig bei dem hilflosen Blick der Dame in der Erinnerung an ihr Zusammentreffen bei Westermanns. „Justizrat Schellenberger ist ein treuer Verwalter meines Vermögens gewesen!“ fügte sie noch hinzu, ohne aber weitere Aufklärung zu geben. Frau Magda konnte sich ruhig noch ein wenig den Kopf zerbrechen, ehe sie den wahren Zusammenhang erfahren würde! Trini Wölkel würde schon dafür sorgen, daß bekannt wurde, welche Rolle als „verwunschene Prinzessin“ sie gespielt.

In Gerstadt angekommen, war ihr erster Weg zu Westermanns. Frau Westermann sah im Laden; sie erkannte in der eleganten Dame kaum ihr Fräulein Dolly wieder, sie war ja nun die Braut von Herrn Hauptmann Bruchhoff!

„Ach, Sie haben uns recht gefehlt, Fräulein Dolly!“ sagte sie, „und denken Sie, unser Richard will die Schenkung durchaus nicht annehmen, obwohl er jetzt ein bißchen anders gegen Bertchen Niesentöde ist; er läuft wenigstens nicht mehr weg, wenn sie kommt! Bei Bertchen habe ich auch mal auf den Strauch geschlagen, doch sie tut dumm.“

„Das glaube ich! Lachte Dolores. Dann telephonierte sie nach der Kaserne. Es hat, daß Richard Westermann, wenn es seine Zeit und i r Dienst erlaubt, in einer wichtigen Angelegenheit zu seinen Eltern geschickt würde. Herbert fügte noch einige Worte hinzu, und in einer Viertelstunde war Richard auf seinem Rade da. Er stand stramm vor seinem Hauptmann, der ihm aber freundlich die Hand gab und sagte:

„Vorbild ich nicht mehr Ihr Hauptmann, lieber Westermann, und ich habe Ihnen nichts mehr zu befehlen! Doch in einem müssen Sie mir noch gehorchen: Sie müssen die Schenkung annehmen, wegen der Sie mich kürzlich um Rat gefragt.“

Dolores legte ihm die Hand auf die Schulter und sah ihn lächelnd an.

(Fortsetzung folgt.)

Witte ein kleines, rechts ein größeres mit Eisen bepflanzt
tes Grab. Weiß und grün sind die Farben des Gra-
bes, die Sinnbilder der Reinheit und Hoffnung, pre-
digen uns den Spruch: Selig sind, die reinen Herzens
sind, sie werden Gott schauen. Am Tannenhag ladet eine
Bank den Besucher zu beschaulichem Sitzen ein. Keine
Goldbuchstaben glänzen vom Kreuze aufdringlich her-
über. Am Quaderstein lesen wir in wenig auffällender
Schrift auf der Vorderseite: Christof Ulrich Lud-
wig, Prinz von Württemberg, geb. 28. Juli, gest. 28.
Dez. 1890, und rechts: Eugenie Henriette Marie,
Prinzessin Wilhelm von Württemberg, geb. Prinzessin
Baldec und Pyrmont, geb. 23. Mai 1857, gest. 30.
April 1882. Hier hat der frühere König in tiefem Leid
seinen einzigen Sohn und später dessen Mutter, seine erste
Gemahlin, zur ewigen Ruhe gebettet. Ein Grab einzig
in seiner Art.

Unter dem Ludwigsburger Schloß ist eine weite, durch
eine Mauer in eine evangelische und katholische Abtei-
lung getrennte Gruft. Da liegen in Prunkfärgen die Mit-
glieder des Königshauses. Unser König hat seine Lieben
nicht zu seinen Ahnen in die düstere, verlassene Gruft
gebracht, sie sollten ruhen als erste ihres Geschlechts auf
dem gemeinsamen Friedhof bei reich und arm, vornehm
und gering, als gleiche unter gleichen. Wo ist in deut-
schen Ländern noch ein solches Grab zu finden? Wie er-
hebend schön ist diese Grabstätte!

Ein Platz der Grabstätte ist noch leer und harret seiner
Bestimmung. Jahr für Jahr stand am 30. April zu
einer Zeit, wo noch wenig Friedhofbesucher da waren,
am westlichen Eingang ein Auto — und vor dem Grab
da hülte Mann in treuem Gedenken.

Württemberg.

Stuttgart, 6. Okt. (Vom Landtag.) Abg. Win-
ter (Soz.) hat folgende Anfrage eingebracht: Aus
Mangel an höheren Verwaltungsbeamten sind bei den
Oberämtern die in den Aufgabekreis der Amtmän-
ner fallenden Geschäfte vielfach den mittleren Ver-
waltungsbeamten zugewiesen. Das Ministerium des
Innern hat bestätigt, daß mit dieser Maßnahme gute
Erfahrungen gemacht wurden. Ist das Ministerium
des Innern bereit, hieraus die Schlussfolgerung zu
ziehen und tüchtige, bewährte mittlere Verwaltungs-
beamte in Amtmannsstellen aufzurufen zu lassen?

**Streik und Demonstration im Baue-
werke.** Die Bauarbeiter haben dem Vergleichsvor-
schlag des Arbeitsministeriums abgelehnt und mit 1855
gegen 627 Stimmen den Streik beschloffen. In Stutt-
gart haben sich die Zimmerleute dem Streik ange-
schlossen. In Göppingen und Heilbronn sind die Bau-
arbeiter ebenfalls am Donnerstag in den Streik ge-
treten.

Seuchenstand. Die Maul- und Klauenseuche ist
in Württemberg in der zweiten Hälfte des September
weiter zurückgegangen. Es sind noch 24 Gemeinden
mit 136 Gehöften verseucht. Die Schafraude herrscht
in 27 Gemeinden, die Pferderäude in 9 und die Schwe-
neseuche und Schweinepest in 6 Gemeinden.

Stuttgart, 6. Okt. (Mord?) Die 25
Jahre alte Tochter des Heine. Rädle von hier wurde
„Leonb. Btg.“ mit einer Schußwunde tot aus der
Blies gezogen. Der Tat verdächtig ist ein geistes-
kranker Mann, der früher schon in einer Heilanstalt
untergebracht war.

Neresheim, 6. Okt. In den Gebäulichkeiten des Söld-
ners Anton Frank in Arlesberg hat am Montag
mittag bei einem schnell herausgezogenen Gewitter der
Blitz eingeschlagen, gezündet und das Wohn- und land-
wirtschaftliche Gebäude in Asche gelegt. Die Ernte ist
verbrannt.

Stuttgart, 6. Okt. (Kartoffelverkehr.) In letz-
ter Zeit haben sich die Klagen über die preistreibende
Tätigkeit meist wilder und landfremder Aufkäufer von
Kartoffeln gemehrt. Daher wurden alle in Betracht
kommenden Stellen erneut angewiesen, die Tätigkeit
der Händler aufs Schärfste zu überwachen und gegen
Preistreiber rücksichtslos vorzugehen. Kartoffeln dür-
fen in Wagenladungen nach Orten außerhalb Würt-
tembergs bei Bahntransport nur mit einem von der
Landesversorgungsstelle abgestempelten Frachtbrief und
bei jeder anderen Art der Beförderung nur mit einem
Beförderungsschein der Landesversorgungsstelle ver-
sandt werden.

Wohnungsbau. Die gemeinnützige Siedlungs-
gesellschaft Deutsche Gartenstädte Stuttgart schreibt für
15 Wohnungseinheiten auf ihrem Gelände in der Klop-
fstraße beim Rosenbergsplatz die Grab-, Beton-, Mau-
rer-, Zimmer-, Fliesen- und Dachdeckerarbeiten aus.

Fellbach, 6. Okt. (Bahnhöferweiterung.)
Künftig fand hier im Gemeinderat mit Vertretern der
Eisenbahn-Generaldirektion eine Beratung statt über
die Vergrößerung und Umgestaltung des Personen-
und Güterbahnhofs Fellbach.

Wückerhausen, 6. Okt. (Vom Weizheim.) Der
hiesige Gemeinderat will beim Staatsministerium vor-
stellen werden wegen Lostrennung des Gemeindebezirks
vom Oberamt Weizheim. Zugleich wird die Einver-
leibung in den Bezirk Schorndorf beantragt bzw. eine
Aufteilung des Bezirks Weizheim angeregt.

Nedarweilheim, (Der kräftige Neue.) Einem
Weinführer schlug der neue „Kleiner“ ein böses
Schicksal. Dem Weinsatz riß der Spund aus.
So daß das halbe Faß des edlen Saftes, wohl gegen 300
Liter, sich in den Straßenhandel entleerte.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 6. Okt.
In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde der
Gesetzentwurf einer badischen Gemeindeordnung in
2. Lesung verabschiedet. Wegen die sozialistischen Stimmen
wurden die Bestimmungen über die Mitwirkung der
Lehrer, Geistlichen, Schulärzte in den Gemeinderäten
bei gewissen Fragen angenommen, ferner ein Ausschuss-
entwurf, daß einem Beamten nicht gekündigt werden darf,

wenn er von seinem Recht Gebrauch macht und sich an den
Schlichtungsausschuss wendet.

Präsident Kopf begrüßte den inzwischen im Saal
erschienenen Reichsminister Dr. Wirth, der noch Mitglied
des Landtags ist.

Abg. Dr. Feiler (Dem.) berichtete über den Geset-
entwurf betr. die Befoldung der Körperchafts-
beamten.

Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig an-
genommen, desgleichen der Gesetzentwurf betr. eine er-
höhte Anrechnung der während des Kriegs 1914/18
zurückgelegten Dienstzeit. Das Gesetz hat auch für
Bürgermeister, Gemeinderäte und Gemeindebeamte Gel-
tung. Beim 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag wurden
die Zuschüsse für die altkatholischen Geistlichen, für die
Rabbiner und für die freireligiösen Geistlichen etwas
herabgesetzt.

Einstimmig angenommen wurden die Änderungen des
Forschungsgesetzes und des Gesetzes über die Erziehung und
den Unterricht nichtvollständiger Kinder.

In der Nachmittagsitzung wurde die Verord-
nung über die Beschäftigung der weiblichen Per-
sonen in Gast- und Schankwirtschaften ein-
stimmig angenommen. Nach der Verordnung wird be-
stimmt, daß weibliche Personen unter 20 Jahren nur mit
bezirksamtlicher Genehmigung beschäftigt werden dürfen.

Es folgte eine längere Ansprache über einen Zen-
trumsantrag, für die steuerliche Veranlagung bei
Ubergabe elterlicher Betriebe der Land-
wirtschaft an Kinder nicht den augenblicklichen Ver-
kaufswert, sondern einen Wert anzusetzen, bei dem der
Weiterbetrieb möglich ist; bei ungeteiltem Gutsübergang
an ein Kind soll der Vorteil, welcher in dem künftigen
Anschlag des Gutes liegt, von der Schenkungssteuer frei
bleiben. Der Haushaltsausschuss stellte den Antrag, die-
sen Zentrumsantrag abzulehnen.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte, im Au-
genblick besteht bei der großen Finanznot des Reichs sehr
wenig Aussicht, daß vom Reich das Erbschaftsteuergesetz
geändert werde. Für den ersten Teil des Antrags besteht
keine Notwendigkeit. Hierauf wurde ein sozialdem. An-
trag, die Abstimmung über den Zentrumsantrag auszu-
setzen und zuerst den Finanzminister zu hören, mit Mehr-
heit angenommen.

In beiden Lesungen angenommen wurde der Geset-
entwurf über die Besteuerung des Liegenschafts-
und Betriebsvermögens durch die Kreis-

Einstimmige Annahme fand der Vertrag zwischen dem
badischen Staat und der Stadtgemeinde Mannheim über
die Nebenbahnen der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft
A.-G. Der badische Staat gewährt einen Zuschuß von
4,5 Millionen Mark.

Baden.

Karlsruhe, 6. Okt. Das ehemalige Großherzogspaar
von Baden ist am Dienstag zum Beileidsbesuch in We-
benhausen eingetroffen.

Forsheim, 6. Okt. Die Heilsarmee beabsichtigt
auf ihrem Grundstück an der Pflügerstraße ein Mäd-
chenheim zu errichten, das neben 15 Räumen für
etwa 40 Mädchen noch vier Dreizimmerwohnungen ent-
halten soll. Der Heilsarmee soll ein städtisches Bau-
darlehen in Höhe von 464 000 Mk. gewährt werden.
Der Bau soll rund 1 Million Mark kosten. Ferner be-
absichtigt die Bau- und Spargenossenschaft im Stadtteil
Brüdingen eine Wohnhausgruppe von 12 Häusern mit
einem Aufwand von 1 Million Mark zu errichten. Hier-
für sollen an Landesdarlehen rund 300 000 Mk. und an
städtischen Darlehen rund 550 000 Mark gegeben werden.
Bevilligt der Bürgerschaft diese beiden Darlehen, so
erhöht sich dadurch die zur Förderung des Wohnungs-
baues insgesamt bewilligte Summe auf rund 35 1/2 Mil-
lionen Mark.

Heidelberg, 6. Okt. Der nach Holland geflüchtete
und dort verhaftete Mitinhaber der Badischen Hafer-
präparat- und Grünernfabrik, Josef Rönzheimer,
der Millionenunterschlagungen beging, ist in das hiesige
Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Mannheim, 6. Okt. Der Bürgerschaft bewilligte
26,7 Millionen Mark zum Ausbau des Mannheimer
Industriehafens. Der Ausbau wird sofort in An-
griff genommen.

Der Bürgerschaft hat der Beteiligung der Stadt an
der Gründung des Großkraftwerks mit 7,8 Mill.
Mark zugestimmt. Gründer der Gesellschaft sind die
Nedar-A.-G., das Badenwerk und die Pfalzzentrale. Mit
dem Großkraftwerk ist die südwestdeutsche Elektrizitäts-
versorgung zentralisiert.

Mannheim, 6. Okt. Von badischer Seite sind im
Zusammenhang mit der Explosion von Oppau an Ge-
bäudebeschädigten rund 8000, an Mobiliarbeschädigten 4000 an-
gemeldet, an Personenschäden sind 7 Tote und 20 Ver-
letzte, außerdem die noch in den Krankenhäusern befind-
lichen Verletzten zu verzeichnen. Den Verletzten, soweit
es sich um den Ernährer handelt, soll die Differenz
zwischen Krankengeld und Lohn bezahlt werden.

Mannheim, 6. Okt. Die Maschinenfabrik Panz
hat einen Millionenauftrag der Sowjetregierung
erhalten, mit dessen Ausführung sie zur Zeit beschäf-
tigt ist. Es handelt sich um Drehschneidmaschinen und Göpel-
werke. Die Aufträge dürften bis Anfang nächsten Jahres
die betr. Fabrikationsabteilung in Anspruch nehmen.

Aehl, 6. Okt. Aus Hagenau i. Elz. wird gemeldet,
daß dort größere Popen Hopfen zu 600—650 Fres. zum
Teil auch für deutsche Firmen angekauft werden. In
Nürnberg werden für Hopfen 6500—7500, ja sogar
8000 Mk. bezahlt, was bei dem heutigen Kurs 800—1000
Fres. ausmacht. Der Preisunterschied macht es erklärlich,
daß deutsche Firmen im Elsaß Hopfen aufkaufen lassen.

Freiburg, 6. Okt. Das Erzbischöfliche Ordinariat
hat angeordnet, daß am Sonntag den 30. Oktober (Ernte-
bankfest) eine Caritaskollekte abgehalten wird.

Bregenz, 6. Okt. Der seit Anfang voriger Woche
andauernde Kurssturz der Krone hat hier zu einer un-
geheueren Einkaufslust geführt. In der Stadt wimmelt
es von Schweizern und Deutschen, die Schuhe und Klei-

der zusammenlaufen, während die Einheimischen die noch
erreichbaren Lebensmittel einholen, um Vorräte zu schaf-
fen. Reis, Zucker und Fett sind seit einigen Tagen nicht
mehr zu haben. Auch die gefuchtesten Schuhnummern
sind ausverkauft. Die Schaufenster vieler Läden sind
fast leer.

Vermischtes.

Für Oppau. Die Sammlung der „Frankfurter Zei-
tung“ für die Opfer von Oppau hat die Summe von
2 Millionen überschritten.

Eisenbahnunglück. Als am 5. Oktober abends gegen 6
Uhr ein Personenzug vom Bahnhof St. Lazare in
Paris abfuhr, riß in dem Tunnel bei Batignolles
(Vorort von Paris) die Kuppelung. Ein großer Teil
des Zugs blieb stehen. Da aber der Unfall nicht nach
der Abgangstation in Paris gemeldet worden war,
wurde dort der nächste fahrplanmäßige Zug einige
Minuten später abgelassen. Dieser Nachzug stieß im
Tunnel auf die stehenden Wagen und zertrümmerte
sie. Die Maschine platzte und setzte den Zug in Brand.
Von 21 Wagen sind 16 verbrannt. Bis jetzt hat man
16 Tote und 116 Verletzte geborgen. Der Tunnel ist
vorläufig unbefahrbar.

Die italienische Industrie. In Italien hatte man
gehofft, der Weltkrieg werde Italien von dem frem-
den Wettbewerb im eigenen Land befreien und ihm
einen Absatz im Ausland eröffnen. Daß das eine
Täuschung war, sieht man jetzt in Italien mehr und
mehr ein. Durch die großen Streiks der Metall- und
Landarbeiter im vorigen Jahr, die das Land an den
Rand der sozialen Revolution brachten, und durch
die hohen Abgaben der Industrie ist Italien trotz hoher
Schutzzölle immer weniger wettbewerbsfähig selbst im
eigenen Land geworden. Es ist jetzt von Arbeitslosig-
keit bedroht. Der deutschen Industrie gelang es, mit
ihren viel begehrten und seit langem erwarteten, bes-
seren und viel billigeren Waren wieder in Italien Ein-
gang zu finden. Auch im Außenhandel zeigt sich die
italienische Industrie wettbewerbsunfähig. Bei einem
jüngst von der rumänischen Regierung ausgeschriebenen
Wettbewerb über die Lieferung von Eisenbahngüterwa-
gen bot die ungarische Industrie das Stück zu 16 640 Lire
an, die deutsche zu 17 750, die tschechische zu 18 850, die
französische zu 25 927, die belgische zu 29 461 und die
italienische zu 36 700 Lire, ohne daß die italienischen
Fabrikanten dabei einen eigenen Gewinn gehabt hät-
ten; sie beteiligten sich an dem Wettbewerb nur, um
ihre Betriebe zu beschäftigen.

Juwelen-Kuren. Um die Farben von Edelsteinen
auf künstlichem Wege schöner und leuchtender zu ma-
chen, sind von dem Bergwerkswissenschaftler zu Reno in
Nevada (Nordamerika) interessante Versuche unternom-
men worden, die von Erfolg gekrönt waren. Die Farbe
der Saphire, Rubinen, Topase und vieler anderer Edel-
steine kommt von Unreinigkeiten in den Steinen her
und je größer die Unreinigkeiten, desto leuchtender ist
die Färbung, desto wertvoller der einzelne Stein. Man
hat nun, indem man die Steine dem Einfluß von
Radium aussetzte, die Leuchtkraft und Tiefe der Fär-
bung außerordentlich verstärkt und so aus wenig wert-
vollen Juwelen, wie sie gerade in Nevada häufig ge-
funden werden, sehr kostbare Edelsteine gemacht. Fünf
Milligramm Radium, die etwa 500 Lollar kosten,
genügen, um einen blassen, unscheinbaren Saphir oder
Rubin innerhalb von drei oder vier Tagen in einen
kräftig leuchtenden Edelstein umzuwandeln, sodaß mit
dieser Radiummenge gegen hundert Steine im Jahr
veredelt werden konnten. Die Frage ist nur, ob diese
Neufärbung auch von Dauer sein wird, denn man
hat bisher beobachtet, daß die reichen Färbungen, die
Glas unter dem Einfluß von Radium erhielt, durch
die Einwirkung kräftigen Sonnenlichts oder ultravio-
letter Strahlen wieder verblähten. Man verwendet
für diese Juwelenkuren jetzt auch den billigeren Ra-
dium-Ersatz, das Mesartborium, und hat damit in
England gute Ergebnisse erzielt.

Lokales.

— **Erhöhung des Zeitungsbezugspreises.** Der
Verein Württembergischer Zeitungsverleger hielt vor we-
nigen Tagen in Stuttgart eine stark besuchte Versammlung
ab, die sich mit der neuen, überraschend eingetretenen
Kostlage der Zeitungen zu befassen hatte. Neben den
bekanntesten großen Lohnverhältnissen und den Verbesse-
rungen der Gehälter, ist eine mit dem 1. Oktober ein-
getretene weitere Papierpreissteigerung von einschneidender
Wirkung. Hierzu kommt die allgemeine Verteue-
rung aller Herstellungskosten, insbesondere der Mate-
rialfaktoren, Fernspreckgebühren und vieles andere. Es ist
bei dieser entsetzlichen Lage des Zeitungswezens der Be-
schluß einer nochmaligen Erhöhung der Bezugs- und An-
zeigepreise nicht zu umgehen. Dabei ergaben ange-
stellte Vergleiche, daß die württembergischen Zeitungen
in jeder Beziehung ziemlich die niedrigsten Preise in
Deutschland beibehalten konnten.

— **Vorläufiges Ergebnis der württ. Hopfen-
Ernte.** Nach der heutigen Anbaustatistik waren in Würt-
temberg 65 Gemeinden vorhanden, in denen je mindestens
5 Hektar mit Hopfen, insgesamt 1014,7 Hekt. ange-
pflanzt waren. Die Hopfenanbaufläche, die vor 1920
921,8 Hektar betrug, hat also wieder zugenommen, aber
noch lange nicht den Umfang des Jahres 1911 mit 2915
Hektar erreicht. Nach den vorläufigen Schätzungen betrug
heuer die Ernte 8006 Ztr., durchschnittlich 7,8 Ztr. von
1 Hektar, gegenüber 14,3 Ztr. im Vorjahr. Die Ernte
ist im Donaukreis verhältnismäßig am besten ausgefallen,
im Schwarzwaldkreis, dem Haupt-hopfengebiet in der Not-
tenburger Gegend, aber unter mittel. Auch nach der Güte
bleibt die heurige Hopfenernte hinter der vorjährigen zu-
rück, ist aber immerhin als eine mittelmäßige, zu einem
nicht geringen Teile als eine gute anzusprechen.

— **Gewerkschaftliches.** Am 1. Oktober ist die
Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbands der Christlichen
Gewerkschaften von Köln nach Berlin-Wilmersdorf ver-

